

Abonnements

werden beim Verlag und dessen...
voraus zahlbaren
Wortlautpreis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt
per Brief-Gutschein)
Mk. 4,75 für Österreich (direkt
per Brief-Gutschein)
Mk. 5,00 für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Streuhändl.).

Inserate

Die Verlagspaltene Zeitzeile
à la ligne — 25 Wp. — 30 Gr.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Postsendungen
franko gegen Strafe.
Großhändler Strafe
nach England kosten Doppelpost.

N. 2.

Bestelle an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Bestelle nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In postschwierigen Fällen eingeschrieben.

12. Januar 1889.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur allseitigen Beachtung.

Bei Abschendung von Posteingahlungen an unsere Geschäfts-Firma z. B. ist uns der Absendername und Ort

sofort direkt brieflich

anzugeben und Alles direkt zahlbar zu machen bei der

Kentish Town Road Post-Office.

Geschicht dies nicht, so verursacht uns das Eintreffen Extrakosten und große Zeitverluste, da die englische Post eingezahlte Gelder weder in Haus liefert, noch Gelder ausfolgt, wenn man den Absender z. B. nicht namhaft machen kann.

Läßt der Absender nicht ausdrücklich direkt die Auszahlung bei der

Kentish Town Road Post-Office

durch die Aufgabestelle vorschreiben, so verweist uns die Londoner Post zum Erheben des Geldes bald an diese und jene Poststelle, bald zum Hauptpostamt der City, Alles meilenweit von uns entfernt.

Wird vom Empfänger nicht direkte Auszahlung bei der Kentish Town Road Post-Office vorgezeichnet, so werden durch hiesige Posten die Scheine häufig zum Zinsfuß durch hiesige Banken vorgezeichnet.

Alles Verluste an Zeit und Geld, die vermieden werden, sobald man genauestens nach unserer Vorschrift einzahlt und uns sofort briefliches Avis einschickt.

Alle außerdeutschen Abonnenten zc.

Sind nebstdem dringend gebeten, Alles stets direkt an unsere Geschäfts-Firma zahlbar zu machen, soweit wir nicht ausdrücklich Anderes bestimmen.

Zu ca. Mk. 10. — vom 14/11. und Mk. 18. — vom 21/11., sowie ca. Mk. 20. — vom 27/12. 88 fehlen uns noch immer die Absendernamen zc.

Wir lehnen jede weitere Verantwortung für alle Folgen ab, welche die Nichtbeachtung dieser Vorschriften nach sich ziehen mag.

German Cooperative Publishing Co.

E. Bernstein & Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W. (England.)

Ein Räuberstück.

Es gibt Dinge, die so laut zum Himmel schreien, daß man sich fast schämt, noch von ihnen zu reden. Und doch ist man dazu gezwungen, dem Schweigen, flüchtiges Hinwegleiten über schreiende Mißstände oder Verbrechen heißt Vertuschen, indirektes Beschönigen derselben. Man muß sie brandmarken, auf die Gefahr hin, oft Gesagtes zu wiederholen.

Zu dieser Kategorie von Vorgängen gehört die jetzt halbamtlich angekündigte Vorlage auf Erhöhung der preussischen Zivilliste für den deutschen Kaiser. So muß man es ja wohl bezeichnen, wenn der preussische Landtag aufgefordert wird, dem König von Preußen für glänzenderes Auftreten als deutscher Kaiser eine Erhöhung seiner Zivilliste um 4 Millionen Mark zu bewilligen. Warum mit einem Male dem preussischen Landtag diese Aufgabe zu Theil wird, die erst dem deutschen Reichstag zugedacht war, darüber streiten die Bedientenblätter einstweilen noch. Nach den Aussagen eines Theiles derselben ist die Absicht, die Vorlage vor den Reichstag zu bringen, deshalb aufgegeben worden, weil — sozialdemokratische Abgeordnete in demselben sitzen.

Wir akzeptieren dieses „schmeichelhafte Lob“, das damit, wie die bürgerlich-demokratische „Volkzeitung“ richtig schreibt, den sozialdemokratischen Abgeordneten ausgestellt wird, aber den wahren Grund vermögen wir in dem Hinweis auf den eventuellen energischen Widerstand der Vertreter des Proletariats im Reichstag doch nicht zu erblicken. Ihre Kritik wäre fatal, aber man würde sich leichtem Herzens darüber hinwegsetzen. Der Eindruck einer oppositionellen Rede vergeht, er ist leider nur zu schnell vergessen, aber der einmal bewilligte Budgetposten bleibt, und der Raub wird Jahr für Jahr mit Seelenruhe weiter eingefact; kein Dahn kräht später mehr danach.

Nein, die Sache hat ihren andern Haken. Die Gläubiger, die in Preußen-Deutschland das Ruder in Händen haben, äitern vor dem Verdicht des Volkes bei der bevorstehenden Reichstagswahl. Sie haben die durch Lug und Trug zusammengebrachte Kartellmehrheit so gründlich für ihre unsauberen Zwecke verworther, daß sie ohnehin sicher sind, dieselbe bei der

nächsten Wahl nicht wieder durchzubringen. Käme zu allen Spitzbübereien, die sie am Volke begangen, auch noch die der Verschleuderung von jährlich drei bis vier Millionen für die Füllung des Privatsäckels der Hohenzollern, so wäre die schmachlichste Niederlage dieser patriotischen Reichstagsmehrheit bei den nächsten Wahlen besiegelt.

Aber warum denn nicht warten, bis die Wahlen vorüber? Nun erstens, weil man, wie gesagt, ohnehin sehr an einer Neu-Auslage der jetzigen Durrah-Majorität zweifelt, zweitens aber, weil man Eile hat. Die Glückspilze können nicht warten.

Nicht allein vor den zehn Sozialdemokraten im Reichstag, vor dem allgemeinen Wahlrecht haben sie Furcht. Und ihre Furcht ist begründet. Das Volk wird, das Volk muß diese Millionenzulage als einen Hohn auf seine Nothlage, als einen Faustschlag, als Peitschenhiebe, die ihm ins Gesicht theilt werden, empfinden.

Wie? Hunderttausende hungern, Hunderttausende frieren in kalten, ungeheizten und ungeheizbaren Räumen, Hunderttausende frieren in ungezeigten Kleidern, Hunderttausende hören von nichts als Lohnherabsetzung, und ein Mensch, der für seine, mindestens sehr zweifelhaften Leistungen ein Einkommen bezieht, bei dem sein Vorgänger in 26 Jahren fünfzig Millionen Mark „sparen“ konnte, soll aus der Tasche des geplünderten Volkes eine jährliche Zulage von vier Millionen Mark erhalten?

Wie? Jedesmal, wenn die Arbeiter um eine geringfügige Erhöhung ihrer schmalen Löhne einkommen, dann sind es die Reichsglückspilze, die ihnen durch den Mund ihrer Bedienten im Reichstag und in der Presse vorrechnen lassen, wie sehr die Verbilligung der Produkte Fortschritte gemacht, und daß die Arbeiter grenzenlos unverdient wären, wenn sie dazu auch noch höheren Lohn verlangten, und eben diese Menschen haben die Stirn, jetzt, trotz der von ihnen gepriesenen Verbilligung aller Waaren, für den höchstbezahlten aller zu hoch bezahlten eine nach Millionen zählende Lohnerhöhung vorzuschlagen?

Wie? Man hat sich nicht entblödet, unter dem Hinweis auf das stetige Sinken der Waarenpreise die wichtigsten Lebensmittel des Volkes mit Zöllen zu belegen, die eine Vertheuerung dieser und dadurch eine Schwämmerung des Einkommens der Arbeiter um mehr als 40 Mk. pro Jahr bedeuten, und jetzt will man einem Menschen, der noch absolut nichts geleistet, und dessen Konsum an Prod. z. gar nicht ins Gewicht fällt gegenüber seinem Verbrauch an Industrie-Erzeugnissen, eine Einkommenszulage von vier Millionen Mark jährlich aus den, dem Volke abgepreßten Jollerträgen in den Schooß werfen?

Wie? Der Mann der Arbeit, der in steter Sorge um seine künftige Existenz schanz, muß von jedem Bissen Brod, den er verzehrt, den sechsten Theil des Werths als Zoll der Kompagnieschaft von Fiskus und Landproh in den Nachen werfen, muß sich das Nöthigste verlagern, nur um vegetieren zu können, und ein Mensch, welcher im raffinierten Luxus lebt, der ein Einkommen bezieht, das nur bei wahnwitziger Verschwendung zu erschöpfen ist, soll zu diesem Heidenlohn noch 4 Millionen Mark pro Jahr mehr erhalten?

Dieses Verlangen ist so unerhört, so unverdient gewisslos, daß es nur in dem Gehirn moralisch durch und durch verkommener Abenteurer keimen kann. Nur Leute, die das Schröpfen des Steuersäckels gewerbmäßig betreiben, konnten es fertig bekommen, in jetziger Zeit dem deutschen Volk, das mehr als irgend ein anderes für Zivilisten ausgiebt, eine Mehrausgabe von 4 Millionen Mark aufzubahlen, unter dem schabigen Vorwand, der deutsche Kaiser könne bei seinem jetzigen Einkommen das Reich nicht würdig repräsentieren. Die Erfolge, die Wilhelm II. auf seinen „Repräsentations“-Reisen eingeheimst, sind freilich därtig genug ausgefallen, aber am mangelnden Pomp und Glanz hat das gewiß nicht gelegen. Die Völker sehen heutzutage auf andre Dinge.

Der wahre Grund, der hinter dem faulen Gerede steckt, das nur politische Kinder düpiten kann, ist ein anderer. Die Erhöhung der Zivilliste ist nur ein Mittel von diesen, Wilhelm II. immer enger an die Dynastie Bismarck zu ketten. Man hat durch eine systematisch geleitete Neklam die Eitelkeit dieses Menschen in einer Weise genährt und gefördert, daß sie mit jedem Tage mehr die Formen des Fasaren-Wahnsinns annimmt. Je toller der Jäfar es treibt, um so besser für seine Minister. Je unpopulärer er wird, um so heller der Glanz, der von ihnen ausstrahlt. „Was würde er erst thun“, sagen sich schon heute die Philister, „wenn er den großen Bismarck nicht neben sich hätte“. Und wie dafür geforgt wird, daß der große Bismarck nicht ausstirbt, daß nach und nach dem Vater der Sohn substituirt wird, bis die Leute schließlich gar nicht mehr wissen, ob sie den alten großen Bismarck oder den jungen großen Bismarck mehr zu bezubeln haben, dafür haben wir in unserer vorigen Nummer ein drastisches Beispiel angeführt. Die innige Harmonie zwischen Vater und Sohn könnte rühren, wenn man nicht wüßte, daß sie auf beiderseits erkannter Nothwendigkeit beruht. Der

alte große Bismarck weiß, daß er von seinem Sprössling nichts zu fürchten hat und läßt es daher nicht nur gern geschehen, wenn dessen Freunde für ihn die Reklametrommel rühren, sondern rührt selbst von Zeit zu Zeit kräftig mit. Jung-Herbert hat es leider so sehr nötig. Eine Fähigkeit aber hat er unweifelhaft, und das ist die Anpassungsfähigkeit. Wilhelm II. hat keinen aufmerksameren „Freund“ als ihn. Er weiß sich, wenn es gilt, den Kaiser in seinem Glanz erscheinen zu lassen, bescheiden im Hintergrund zu halten, und ist doch stets neben und um ihn. Von denselben Instinkten erfüllt, wie sein erhabener Herr — auch er ist ja in der nationalen Epoche herangewachsen, — ist er stets zu Diensten, wenn es gilt, denselben zu fördern. Als treuer Diener verrichtet er auch gern die notwendige schmutzige Arbeit. Jung-Herbert war es, der, um der „Schweineerei“ der Berherrschung Friedrich III. ein Ende zu machen, die Morier-Geschichte eintrübte. Kann man einem Monarchen besser dienen, als wenn man seinen Vater als das schwachköpfige Werkzeug in der Hand von Schufteln hinstellt? Sicherlich nicht. Daß sich Herbert bei diesem Liebesdienst so scheußlich die Finger verbrannt, wird die Erkenntlichkeit des musterhaftesten aller — Söhne hoffentlich nicht beeinträchtigen.

Mit dem Feldzug gegen den Steuersäckel des Volkes wird er ja glücklicher sein. Deutschland die fromme Kinderstube ist keine englische — sagen wir Morier-Grube. Insbesondere hat der preussische Landtag mit dem englischen Staatsmann, der so unsfaatsmännisch war, den Verbreiter einer Verläumdung einen schamlosen Verleumder zu nennen, nichts gemein. Er wird die vier Millionen bewilligen, vielleicht noch vor lauter Wonne eine fünfte drauflegen. Besser kann er ja gar nicht den Beweis von der Vortrefflichkeit des elendesten aller Wahlsysteme und der fünfjährigen Legislaturperioden liefern. Abgeordnete, die durch das Sieb der Dreiklassenwahl mit öffentlicher Stimmabgabe hindurch gegangen und auf fünf Jahre der Kontrolle der Wähler entzogen sind, besitzen allein die zur Erfüllung so patriotischer Aufgaben nötige „Unabhängigkeit“. Ränzlich die Unabhängigkeit von dem Urtheil und Willen des Volkes.

Auf gut deutsch übersetzt, heißt das: Der Landtag ist ein zum Volksbetrug und Volksverrath zehnmal besseres Werkzeug als der Reichstag. Mögen demagogische Klünse einen noch so reaktionären Reichstag zusammenbringen, solange sie sich gezwungen sieht, dem Volkswillen Rechnung zu tragen, trägt die Demagogie selbst ein gutes Stück ihres Gegengiftes in sich. Dadurch, daß die Herren die Vorlage nicht vor den Reichstag bringen, wohin sie gehörte, erweist weil es sich ja um eine Reichsangelegenheit handelt, und zweitens weil die Bismarck'sche Steuer- und Wirtschaftsreform immer mehr die Steuerlast dem beim Dreiklassenwahlsystem unvertretenen Proletariat aufzulegt, durch diese Flucht in den preussischen Landtag beweisen sie selbst, daß dieselbe das Licht des Tages zu scheuen hat, ein infames Stück Volksverrath ist.

Nun, das Volk kann es nicht ändern, wie es so manche Spitzbübereien nicht verhindern konnte, welche die herrschenden Ehrenmänner an seinen Rechten und seinen Mitteln vorgenommen. Aber empfunden hat es sie, und jeder neue Schlag, der ihm verfehrt wird, ruft die Erinnerung an die früher erhaltenen nach und mit ihr den Zorn, die gerechte Erbitterung. Mit jedem neuen Schlag, der von der Krone und ihren Stützen gegen das Volksinteresse geführt wird, wächst der Haß und das Verlangen nach baldiger Abrechnung.

Und es kommt die Zeit, wo alle die kleinen Rissen und Ränke nicht mehr verfangen, wo die künstlichen Dämme, die man gegen sie aufgerichtet, der Woge des Volkszorns keinen Widerstand mehr leisten, sondern elend unter ihrem Anprall zusammenbrechen. Bis dahin setzt Cuet Spiel fort, Ihr Stützen von Thron und Altar, sie unverständiger Ihr es treibt, um so gründlicher wird die Abrechnung sein.

Wir haben vor Kurzem aus einem offiziellen Bericht einige Angaben veröffentlicht, aus denen sich ergibt, wie jämmerlich die Lage der Arbeiter auf den Domänen des Königs von Preußen ist, die selbst nach Ansicht der Richter zum Diebstahl gradezu gezwungen waren. Es war das nur ein Bild aus dem Leben des Landproletariats. Und nur wenig besser, vielleicht noch schlechter geht es dem Industrie-Proletariat. Der kleine Bauer geht zu Grunde, der kleine Handwerker zehrt sich ab in Armut und Sorge. Und in einem Lande, in dem über 30 Prozent der Bevölkerung im Stände absoluter Dürftigkeit leben, eine Bevölkerung von über acht Millionen mit einem Einkommen von noch nicht 420 Mark pro Jahr sich abfinden muß, hat man die Stirn, zu erklären, eine Zivilliste von über zwölft Millionen Mark, zu der noch gegen drei Millionen Mark Dispositionsfonds hinzukommen, genüge nicht, des Herrschers Einkommen müsse höher sein!

Darauf gibt es nur Eine Antwort, und sie gilt Allen, die sich an dem Verbrecherstück beteiligen:

Auf Euch die Sündfluth!

greifend und auf die Dauer zu verbessern, ist sich der Kongress bewusst, daß die gewerkschaftliche Organisation den Arbeitern ein Mittel bietet, ihre materielle Lage zeitweise zu heben, ihre Aufklärung zu fördern und sie zum Bewußtsein ihrer Klagenlage zu bringen.

Der Kongress erklärt es deshalb für die Pflicht aller Metallarbeiter, sich den bestehenden Metallarbeiter-Organisationen anzuschließen, und wo solche nicht vorhanden sind, unverzüglich Organisationen zu gründen.

Mit die zweckmäßigste Organisation erachtet der Kongress im Prinzip die Zentralisation und erkennt deshalb die bestehenden Zentralisationen an, sieht jedoch mit Rücksicht auf die geistlichen und politischen Verhältnisse von der Gründung einer weiteren Zentralisation zur Zeit ab. Er empfiehlt vielmehr die Förderung und Gründung lokaler Organisationen mit der Aufgabe, das sowohl Branchen (allgemeine Metallarbeiter) als auch Fachorganisationen, je nach den örtlichen Verhältnissen, für zweckentsprechend zu erachten sind.

Der Kongress erklärt, daß durch den § 152 der Gewerbeordnung die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht gesichert ist und erwartet, daß die Metallarbeiter mit aller Energie für die Erlangung eines wirklichen und gesicherten Vereinigungsrechtes eintreten.

Der Kongress der Metallarbeiter erklärt, daß eine wirksame Arbeiterkassengesetzgebung nur auf internationaler Basis rationell durchgeführt werden kann und empfiehlt den deutschen Metallarbeitern, alle geeigneten Mittel anzuwenden, welche geeignet erscheinen, die Durchführung einer internationalen Arbeiterkassengesetzgebung zu verwirklichen.

Vivant sequentes. Es leben die noch folgenden werden! So rufen wir frohlich aus in Hinblick auf die eklatanten Niederlagen, die das System Bismarck gleich in der ersten Woche des neuen Jahres erlitten, und die sich betreffen: Freilaßung des Westens und Küstigung Herbert Bismarcks durch Morier, Fürwahr, Vater und Sohn, die das deutsche Reich und gewissermaßen ganz Europa schon unter ihren Füßen glaubten, sind gleich auf fortgeschritten, es ist unmöglich zu sagen, wer von beiden der Blamierte ist.

Beginnen wir mit dem Vater: Nachdem es Offens 99 Tage in Untersuchungshaft gehalten, Berges von Affen gegen ihn zusammengetragen, hat das Reichsgericht ihn am 5. Januar auf freien Fuß setzen müssen mit der Erklärung, es liege sich mit dem beiten Willen keine Klage auf Landesverrath gegen ihn begründen. Und das, trotzdem Bismarck in seiner famosen Jmmmediat-Engage so schön dargelegt, daß und warum die Verächtlichung des Tagesbuches Friedrich III. der offenbarste Landesverrath sei, den man sich nur denken könne. Wer sich erinnert, wie gehoramt das Reichsgericht in allen früheren Landesverraths-, Hochverraths- und sonstigen Staatsprozessen — die Dantes- und Geheimbundprozesse mit inbegriffen — der Nichtbeachtung des allmächtigen Kanzlers gefolgt ist, wie willig es sich hergab, zu bezuigen, daß weiß nicht weiß, sondern hellhöriger oder kurzweg schwarz sei, für den unrichtig ist auch keinem Zweifel, daß es in Willigkeit nicht am Rande, sondern am Willen des Reichsgerichts gelegen hat, wenn dasselbe den Freund Friedrich III. nicht zum Hochverräter gestempelt hat. Welche Gründe die Herren Reichsgerichtsräte bezogen haben, von ihrer ruhmvollen Praxis abzuweichen, das entzieht sich allerdings vorläufig der öffentlichen Kenntniss, wir sind da auf Vermuthungen angewiesen. War es die bewundernde Lebensgröße, die der Wilhelm II. bei der Einweihung des Reichsgerichtsgebäudes die Herren behandelt, die sie zu so unerwarteter Schwelung — ermuntert? Oder haben diejenigen Recht, die da annehmen, daß von Berlin aus dem Reichsgericht abgewandt worden sei, nachdem man sich habe überzeugen müssen, daß man durch eine Verurteilung des Kaisers nichts gewonnen werde, sondern nur weitere Enttäuschungen riskire? Wie dem auch sei, in beiden Fällen bleibt Bismarck der Geschlagene. Und daß die Niederlage keine kleine, zeigt die verdoppelte Wuth, mit der die Reppilpresse auch nach der Freilassung auf Geiseln losläßt.

Und nun zum Sohn. Den Morierhandel kennen unsere Leser. Auf die angelegten Auslöser eines Bagaine hin hat Herr Herbert Bismarck sich für berechtigt erachtet, den Freund des verhassten liberalen Kanzlers des schäufstigen Verraths zu verdächtigen, der nur denkbar ist. Sir Morier hat dem Verläumdungsdarum eine Antwort gegeben, wie dieser schwerlich jemals erhalten hat. Wir bedenken, daß aus der Raum fehlt, den Briefwechsel vollständig hier abzubringen, wir müssen den Leser in dieser Hinsicht auf die Tagespresse verweisen, und konstatieren nur, daß mit Ausnahme der Reppilpresse alle Welt darüber einig ist, daß noch nie ein Diplomat in einer Streitfrage eine klagendere Rolle gespielt hat, als der große Sohn des großen Vaters. Was muß er nicht alles von Sir Morier hinhintergeschlafen? „Größe Verachtung“, „handgreiflich abgemessene Gesandte“, „faule und ungläubliche Verläumdung“, „abnormer Jmunitas“, „schmutzige und schändliche Verläumdung“, und auf alles hat er nur eine Antwort, die eine Jurisprudenz sein soll, thafächlich aber nur ein feiges Verdrücken vor einer solchen Auseinanderlegung ist. Diese grenzenlose Blamage lust vor seinen Augen, da die öffentliche Meinung Deutschlands mit Dampfkraft darauf bearbeitet wird, in Friedrich Bismarck den denkbar besten Nachfolger des jetzigen Reichskanzlers zu erblicken, in der That, das neue Jahr fängt gut an.

Freilich hat die Sache auch ihre andere Seite. Die schamlose Art, mit der die offizielle deutsche Presse in Artikeln, denen Jedermann ihren antilichen Ursprung anmerkt, gegen einen aktiven Beamten eines — wenigstens offiziell — befreundeten Reiches — beschimpft, hat Deutschland nicht nur in England auf's Neue viel Geogener geschaffen, ihm viel Sympathien entzogen. Und es hat in dieser Hinsicht im Ausland nur noch sehr wenig zu verlieren. Wenn Klotze schmerzt in Reichthum sich vor dem Geschändlich berollt sah: wir haben in Europa noch Achtung, aber keine Liebe erworben, so stimmt das heute nur noch in Bezug auf die zweite Hälfte. Auch die Achtung, deren sich Deutschland ehemals erfreute, ist in rapider Abnahme begriffen — Dank dem System Bismarck, das, auf den Säbelstich gestützt, die früher nur in der inneren Politik geübte Taktik seit Langem auch auf die äußere übertragen hat. Was eine solche Situation für ein Land bedeutet, braucht nicht erst ausgesprochen zu werden. Kommt es dahin, daß das deutsche Volk die Konsequenzen derselben in ihrer ganzen Schwere zu spüren erhält, so hegen wir nur den Wunsch, daß dann auch ihre Urheber noch am Leben sein mögen, um den Lohn für ihr verbrecherisch frivolos Treiben einzubekommen. Besser wäre es freilich, der Vorkommenbruch des Systems erfolgte zeitig genug, um die sonst unabwehrlichen Katastrophen zu verhindern zu können. Und damit noch einmal: Vivant sequentes!

Barbarisches. Jrgendwo lesen wir (wir lassen die Namen z. vorläufig weg): „Man wird sich noch erinnern, daß dem hiesigen ... Gesangsverein ... vor einiger Zeit von dem Wirthe des Lokals, in welchem der Verein seine Versammlungen abgehalten pflegt, die weitere Ueberlassung des Abstellens verweigert wurde in Folge der Trotzigkeiten und Hegecken der chauvinistischen Presse, insbesondere der ... Die ... hatte nun ein anderes Lokal ausfindig gemacht, wo getiern die stliche Weihnachtsfeier des Vereins abgehalten werden sollte. Doch im letzten Augenblicke kam auch dieser Wirt — es handelt sich um das Cafe ... im ... und erbot sich dem Vorstand der ... daß er ihm seine Räumlichkeiten nicht hergeben könne, da auch er zahlreiche Trotzigkeiten erhalten habe. Das Weihnachtsfest der ... hat demnach nicht stattfinden können.“

Angenommen, es handelte sich um einen sozialistischen oder auch nur deutsch-freimaurerischen Gesangsverein in irgend einer der — glücklicherweise — zusammengehörigen ... „Hochburgen“ des „nationalen“ Serwisismus, welcher gutgemeinte Deutsche würde an dem Vorgange irgend etwas Tadelnwerthes finden? Kein Ding. Kein Mann würde von der Sache Notiz nehmen, denn sie hat für die wichtigsten der Sozialisten gegenüber, schon zu Hunderten von Malen erigirt und wird sich, solange sich die Bismarckel im Ruder befindet, noch oft wiederholen — in den weissen Sälen unter der verschauten oder unverschämten Miswirkung der Behörden. Und trotzdem ist die obige Notiz in allen nationalen und deutschen Blättern, d. h. der ganzen Reppilpresse, zu finden. Weshalb? Warum? Nun, Franzosen haben den deutschen Staatsretter das Kunststück abgequirt, und der Gesangsverein „Teutonia“ in Paris hat infolgedessen sein Weihnachtsfest nicht abhalten können.

Und was, wenn von den Herren „Teutonen“ gegen die eigenen Landleute praktiziert, geinnungstüchtig, nur zu berechtigtes Ueberdauern des „Patriotismus“ wäre, wird nun, von den Franzosen geübt, ihm die gleiche Verlegung der Gastfreundschaft, „gehässige Verfolgung“ — ins Bismarck'sche Norddeutsch-Allgemeine überlegt, vollendet Barbarei.

Gleude Henschel! Um so nichtwürdiger, als dieselben Patrone, die leicht so entrieten thun, zuvor Alles aufgeben haben, die Franzosen noch zu ganz anderen Dingen richtiger als eine bloße Saalabtheilung.

I. In deutschen richterlichen Kreisen that man sichtlich entrieten über einige Auslassungen des — auch in richterlichen Kreisen sehr heftig gelebten — „Sozialdemokrat“. Ein Richter, der die „erzieherischen Wirkungen“ des Sozialistengesetzes noch nicht bis zur Reize gefolgt hat, bezeichnet es als eine Ungerechtigkeits, daß wir „den Richterhand für die Gesetzgebung verantwortlich machen“ und „harte Erkenntnisse, die durch das Gesetz geboten sind, dem Richterhand zur Last zu legen“. Der Richter habe sich einfach an das Gesetz zu halten; er habe nicht über das Gesetz, sondern nach dem Gesetz zu urtheilen; und es liege im Interesse einer gesunden Rechtspflege, daß die Richter an diesem Grundsatz festhalten; denn, wenn sie einmal ihre subjektive Ansicht über das Gesetz stellen, so set der Willkür Thür und Thor geöffnet, und bei der jetzt in Deutschland herrschenden politischen Strömung würde sich eine solche Auffassung den Sozialdemokraten am aller- verderblichsten erweisen.

Nun, wir haben niemals von Richtern verlangt, daß sie ihre subjektiven Anschauungen und Meinungen über das Gesetz stellen; was wir verlangt haben und verlangen, ist, daß die Richter sich nicht dazu geberauchen lassen, im Namen des Gesetzes und unter der Waabe des Gesetzes Parteipolitik zu treiben, und den schmadyollsten Willkürakten den Stempel des Gesetzes anzudrücken. Was wir den deutschen Richtern zum Vorwurf machen und wessen wir sie anklagen, das ist, daß sie sich seit 1878 durch das Sozialistengesetz dazu haben „erziehen“ lassen, den richterlichen Standpunkt mit dem polizeilichen zu vertauschen, und Vergehen „anzunehmen“ oder „schätzellen“, für welche der juristische Beweis fehlt. Was wir ferner den deutschen Richtern aber doch vielen von ihnen zum Vorwurf machen, ist, daß sie Strafen verhängen, die, selbst die juristische Schuld der Verurtheilten vorausgesetzt, weit über das gesetzliche Rothwendige hinausgehen und das Merkmal des gehässigen Parteigeißes an der Stirne tragen. Wir erinnern hier namentlich an zahlreiche Erkenntnisse des Leipziger Gerichts, und stellen dieselben in Vergleichung mit den in parallelen Prozessen gefällten Erkenntnissen des Landgerichts Berlin. So viel für heute. Gelegentlich werden wir auf die Materie zurückkommen.

Unter den im Leipziger Geheimbundprozess Verurtheilten befindet sich auch ein Arbeitermann Namens Richter. „Dieser Richter“, schreibt man uns, „ist an Allem, was den Angeklagten zur Last gelegt wurde, so unschuldig wie ein neugeborenes Kind. Er hat mit der Partei gar nichts zu thun und verzieht vom Sozialismus auch nicht die Anfangselemente. Er war auch gar nicht in der That der Wirklichkeit, wo die Verurtheilung“ stattgefunden haben sollte — sein Verbrechen bestand darin, daß er, als die Beschaffung der Anderen justauf, auf der Strafe ein Stück Papir ansetzte, es zerriss und weiter ging. Das genügt, ihn als „Geheimbändler“ in Untersuchungshaft zu nehmen. Natürlich mußte er freigesprochen werden.“

Weiter sei noch bemerkt, daß, um die Schuld des Angeklagten Geiger zu beweisen, Herr Henschel darauf hinwies, daß im „Sozialdemokrat“ bei Quittungen wiederholt Ggr. steht, das könne nur Geiger bedeuten. Sehr geistreich, Herr Staatsanwalt, fast so geistreich wie die Entdeckung eines Ihrer Kollegen in Linz, daß, wenn im „Sozialdemokrat“ ein Beitrag unter Tschad quittirt wird, dies für Niemand anders gelten kann als für einen Arbeiter, der wirklich Tschad heißt, auch wenn dieser einen Betrag von solcher Höhe — es handelte sich um mehrere hundert Mark — schwerlich je in Händen gehabt. Nein, Herr Henschel, so leicht machen wir unseren guten Freunden, den modernen Inquisitionsbredern das Handwerk nicht. Das Ggr. können Sie sehr häufig in unseren Quittungen finden, schon zu einer Zeit, wo Geiger schwerlich irgend welche Thätigkeit entfalten konnte. Es heißt nicht Geiger, auch nicht Großgeiger, sondern einfach: Gegengewinnung. Und nun sehen Sie zu, ob Sie einen Sozialdemokraten dieses Namens aufreiben.

Geiger wurde zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt.

Was in Deutschland bequadt wird. Ein uninformirter Hollande Namens Jenker, Keimling eines Zeichens, welcher vor Kurzem wegen eines ungläublich rohen Erregtes, wie nur „Eckste“ der Nation“ oder deren Kumpane in der Wolkeischen Bildungsanstalt nie verüben können, zu einmonatlicher Festungshaft verurtheilt wurde — ein Arbeiter, der das Gleiche gekonnt hätte, wäre mindestens auf 1 1/2 Jahre in's Gefängniß geschickt, ist von Seiner kaiserlichen Majestät, dem obersten Kriegsherrn, halbwegs bequadt worden. Und da gibt es noch Leute, die sich darüber wundern, daß die letzten Thronwechsel keine Annehmlichkeit für Sozialdemokraten gebracht haben. Die Sozialdemokraten sind eben anfängliche Leute. Um in Deutschland der allerhöchsten Gnade theilhaftig zu werden, muß man auf dem sittlichen Niveau eines Jenker stehen.

Aus einem andern Loch geblissen. Wenn die Herru Kusener in der Regel die Lage der Arbeiter nicht glänzend genug darzustellen wissen, geht es doch auch für sie Momente der strictesten Nächstenliebe, ja Wahrheitsliebe, wo es ihnen wie Schuppen von den Augen fällt, und sie mit wahren Eifer den Schwärzenheiten im Lichteinschneid des Arbeiters nachspüren. Diesen ebenen Trieb in den Unternehmeherehen zu erwecken, ist z. B. das Unfallversicherungsgesetz vortreflich geeignet. Wenn es gilt, in den Berufsgeoschenschaften die Normen für die Entschädigungsrenten der Arbeiter festzusetzen, da nehmen die Herren Unternehmer es mit dem schlimmsten „Geiz“ und „Wähler“ auf im Nachspüren nach den Schwierigkeiten des Arbeiterbafesens. Natürlich nur aus dem ethischen Grunde, daß die Reute aus seinem Keller zu hoch ausfällt.

So lesen wir neuerdings in der Berliner „Volkstribüne“: „Auf dem Verbandstage der deutschen Bangerwerke-Berufsgeoschenschaften am 1. September v. J. zu Stuttgart ist festgestellt worden, daß die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Bauhandwerker zweiundzwanzig Tage beträgt.“

Wir geben den diese Sache betreffenden Protokollabschnitt jener Versammlung wörtlich wieder:

„ad VIII der Tagesordnung ist der bereits im vorigen Jahre verhandelte Antrag der Hamburgischen Baugeoschenschaft-Berufsgeoschenschaft, betreffend die einheitliche Ermittlung der Durchschnittszahl der versicherten Arbeiter, wiederum eingebracht und damit motivirt, daß die aus den Rechnungsergebnissen des Jahres 1886 zu entnehmenden Zahlen, beziehungsweise zu berechnenden Jahresarbeitsverdienste der Arbeiter den Beweis der Unrichtigkeit der Durchschnittszahl liefern, während doch diese Grundlage aller Statistik möglichst genau sein müsse. Es wird vorgeschlagen, die Summe der aus den Lohnnachweisungen sich ergebenden Tagewerke durch 250 zu dividieren, da diese Zahl bereits als Norm für die regelmäßige Beschäftigung eines Arbeiters in einem Jahre, in Bezug auf die Selbstversicherung, vereinbart worden.“

Herr Gerhardt-Eberhard und Andere unterstützen den Antrag, doch wird die Zahl 250 als Divisor mehrfach für zu groß erachtet und dafür die Zahl 220 vorgeschlagen. Der Herr Vorsitzende führt die Entscheidung durch Abstimmung herbei und dadurch den Beschluß, daß fortan die Summe der Tagewerke durch 220 zu dividieren vorgeschlagen wird.

Die Sache ist für die Arbeiter natürlich wichtig bei etwa wieder vorkommenden Ausständen, wenn die Unternehmer dem Publikum von dem hohen Jahresverdienst der Maurer und Zimmerer vorzukommen. 220 Tage kann ein Maurer oder Zimmerer durchschnittlich im Jahre arbeiten, wenn er immer Arbeit erhält und nicht wegen Arbeitsmangel feiern muß!

*) Es sind übrigens dabei die Tage noch nicht in Abzug gebracht, die der Bauhandwerker durch Laufen nach Arbeit oder sonstige beschäftigungslos ist, wenn das Wetter das Arbeiten gestatten würde.

Das macht im Jahr 220:6 = 36 2/3 Wochen. 47 Wochen soll das Beitragsjahr der Alters- und Invalidenversicherung haben, fehlen also 10 1/3 Wochen jährlich.

Bei der Altersrente erhöht sich auf diese Weise die Wartezeit von 30 Beitragsjahren auf nahezu 39 Kalenderjahre. In den 50 Beitragsjahren, die zum Erreichen der höchsten Invalidenrente erforderlich sein sollen, sind 2350 Wochen enthalten. Um sie zu erreichen, braucht der Bauhandwerker mehr als 64 wirkliche Jahre, wenn er immer Arbeit hat; er wird dann also mindestens 81 Jahre alt! Wohl bekomm' es ihm!

Daß die von Bismarck so liebevoll bedachten Internerwerbervände selbst das Material zusammenzutragen müssen zur Beförderung des Rimms seiner sozialen Kunstwerke, ist recht hart. Wohl bekomm' es Ihn!

Daß die Arbeiter in den englischen Gewerkschaften heute vielfach weit vorgeschritten sind als die Herren Führer, dafür können wir heute wiederum zwei drastische Beispiele mittheilen. Im englischen Typographenbund, der alle Zeiger Großbritanniens mit Ausnahme der schottischen und der Londoner Schriftsetzvereine umfaßt, fand im Oktober die Kräftigung über die Frage der Achtstundendarbeit statt. Nun, bei einer allerdings nicht sehr regen Theilnehmung, stimmten 1269 für die Herabsetzung der Arbeitszeit durch ein Gesetz und nur 114 dagegen. Schade, daß das Resultat nicht schon während des Internationalen Kongresses bekannt war. Dort war der Delegirte des Schriftsetzervereins grade einer der eifrigsten Wecker der gelebliten Regelung des Arbeitstages.

Der zweite Fall ist noch viel schlagender. In seiner Wuth darüber, daß eine Londoner Sektion des Allgemeinen Maschinenbauer-Vereins den Sozialisten John Burns als Delegirten zum Internationalen Kongress gewählt, erließ am dem Tag, da der Kongress in London stattfand, der Vorstand der genannten Gewerkschaft in den Londoner Zeitungen eine Erklärung, in der er darauf aufmerksam machte, daß Burns nur eine Sektion des Allgemeinen Maschinenbauer-Vereins vertrete, sein, des Vorstandes Delegirter aber, Namens Gwelch, den ganzen Verband.

Nun, für diese Erklärung hat, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, der ehrenwerthe Vorstand von nicht weniger als 13 Londoner Sektionen Tadelsvoten erhalten, und die West-Londoner Sektion antwortete damit, daß sie einstimmig John Burns als ihren Vertreter in den Vorstand des Londoner Zentralverbandes der genannten Gewerkschaft delegirte. Ebenso haben drei andere Sektionen Sozialisten in den Zentralvorstand gewählt, so daß es nur an einer Stimme noch hängt, und der Vorstand der Londoner Organisationen des berühmtesten, wohlhabendsten aller englischen Gewerkschaften ist in seiner Mehrheit sozialistisch.

Es sagt, es sagt!

Wir lesen in deutschen Zeitungen: „Der Kaiser hat den Wunsch geäußert, einzelne Theile des Wagner'schen „Nidelungen-Rings“ sowie auch Ernst von Wildenbruch's „Quithow“ auf der Bühne des kaiserlichen Opernhauses zu sehen. Da die Tramerzeit indessen noch nicht abgelaufen ist, und der Monarch vor Vermeidung derselben die Vorstellungen nicht besuchen will, so werden voraussichtlich demnachst an drei Tagen im kaiserlichen Opernhaufe Vormittags-Proben im Kostüm veranstaltet werden, denen Kaiser Wilhelm beizuohnen wird. Es werden, soweit bis jetzt bestimmt, das „Heinold“, die „Witterdämmerung“ und die „Quithow“ zur Darstellung gelangen.“ Wilhelm II. fängt etwas früh an mit — Separat-Vorstellungen.

Der robuste, gemeinste und beschränkteste Vertreter des Systems Bismarck, der persönliche Freund Friedrich's III., Hr. Spigelmüller Puttkamer, hat zu Neujahr den höchsten preussischen Orden erhalten. Wann kommt Herbert Bismarck dran?

Oesterreich. Der Parteikongress in Hainfeld, über dessen Bedeutung für die Arbeiterbewegung an anderer Stelle berichtet worden, war im Ganzen von 67 Theilnehmern besucht und zwar waren erschienen: Aus Wien 22, Niederösterreich 5, Oberösterreich 5, Salzburg 1, Steiermark 6, Kärnten 2, Krain 2, Tirol 2, Böhmen 10, Mähren 10, Schlesien 1, Galizien 1. Außerdem waren noch circa 30 Gäste anwesend.

Nachdem das Präsidium, bestehend aus Popp (Wien), Huber (Briinn) und Veier (Briinn) als Vorsitzende, Häfner (Wien), Körber (Prag) für slavische Sprachen, und Adenau (Kärnten) als Schriftführer, konstituirte und die Feststellung der Geschichtsordnung erledigt war, wurde zur Beförderung der Beglückwünschungsschreiben und Telegramme geschritten. Telegramme sind eingelangt: aus Neu-Emichow, Zimischow, Vorderberg, Gabel, Badareß; Schreiben: aus Wahan, Koffly, London, Paris, Gotha, Triest, Deutsch-Wien, Reichenberg, Jwitzan, Wien, Freudenthal, Dorabirn, Postowiz; ferner von Dr. Krawawetter und Dr. Wengraf, Wien. Nach 1 1/2stündiger Unterbrechung eröffnet Popp den Kongress mit einer erregenden Ansprache und bringt die bereits von uns veröffentlichte Tagesordnung des Kongresses zur Berlesung.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung, das Programm, referirt Popp (Wien) und legt dem Kongress eine von den Einberufern ausgearbeitete Prinzipien-Erklärung*) vor.

Nach einer eingehenden Debatte, in der sich nur Kihmann (Graz) gegen das Programm wendet und zwar wegen der Forderung des Allgemeinen Wahlrechts, wird das vorgeschlagene Programm mit 65 Stimmen gegen die des Kihmann und drei Stimmenhaltungen unter großer Begeisterung des Kongresses angenommen. Kihmann verläßt alsdann den Kongress, auf dem von nun an die vollste Einigkeit herrscht.

Der zweite Tag brachte wieder eine große Anzahl Begrüßungsschreiben. Dem 2. Punkt der Tagesordnung, „Politische Forderungen“, referirt Dr. Adler (Wien). Während berelie just dabei ist, die Rechtszustände in Oesterreich zu kennzeichnen, tritt der Bezirkshauptmann Graf Auerperg in den Saal, um festzustellen, ob auch wirklich nur geladene Theilnehmer (wie es das Gesetz bei Privatversammlungen vorschreibt) anwesend sind. Nach erfolgter Revision laden Adler und Popp den Grafen ein, dasableiben und den Sitzungen des Kongresses als Gast beizuwohnen, was dieser denn auch that. Nach Erledigung seines Referats empfiehlt er folgende Resolution zur Annahme:

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirtschaftlichen Ordnung ist:

Daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit um so weniger Opfer verbunden, um so rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einigkeit in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht, daß aber die herrschenden Klassen die Auffklärung durch geistliche und politische Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verdirrt und verzerrt wird, erklärt der Parteitag:

1. Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats, zunächst also: a. Die Aufhebung der Beschränkungen der Freizügigkeit — also der Ausnahmeverfügungen, Pögebinden- und Schußgesetze. b. Die Aufhebung der Beschränkung der Pressfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Beschränkungsrechts für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbots der Kolportage.
2. Die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts (n. z. vom 20. Lebensjahre an, wo die Verpflichtung zur Wählerwahl beginnt) als ein wichtiges Mittel der Agitation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwiew zu äußern.

*) Wir bringen dieselbe, da uns ihr genauer Wortlaut für diese Nummer zu spät zuging, erst in der nächsten Nummer zum Abdruck.

5. Die christliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechts durch das Volk.

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

Dieselbe findet nach lebhafter Debatte, in der die schreiendsten Billkürfte von Verhören und Gerichten zur Sprache kommen, einstimmige Annahme. (Schluß in nächster Nummer.)

Raummangel verhindert uns, in dieser Nummer über den in Troyes stattgehabten Kongress der französischen Sozialisten zu berichten. Wir werden in nächster Nummer das Versäumte nachholen.

In Amerika haben im Laufe des Monats Dezember sowohl die Arbeiterritter als auch der große Gewerkschaftsverband „Federation of Labor“ ihre Generalversammlungen abgehalten. Von der der Arbeiterritter ist nur Ungünstiges, von der der Gewerkschaftler wenig Günstiges zu berichten.

Auf der Konvention der Arbeiterritter hatte die gegenwärtige Exekutive mit dem Konfessionarius Bowdler an der Spitze vollständig Oberwasser und benutzte diesen Umstand nicht nur dazu, den Führer der Opposition gegen die Verwirklichung des Ordens aus dem hiesigen Bürgerthum zu werben, in jeder Hinsicht abzuschwächen, bis tief unter des seligen Schulz-Dehli's Standpunkt. Statt der Frage: „Wie kann die Arbeit zu ihrem Recht gelangen“, wird, so schreibt das „St. Louis Tageblatt“, über die „Harmonie der Interessen aller Gesellschaftsklassen verhandelt, der Sinn für Gerechtigkeit gepflegt und dem Temperenz-Wuchertum gleichgemacht.“

„Jay Gould hat jetzt erst seinen Eisenbahn- und seinen Telegraphen-Streit definitiv gewonnen. Bis jetzt war niemand noch möglich; nun kann Jay Gould ruhig schlafen; der jetzige Arbeiterritter-Orden wird ihm nichts anhaben; dafür bürgt Bowdler's Diktatur.“

Seitdem sind dem auch weitere Austritte aus dem Orden erfolgt; so sind z. B. ein großer Theil der im Orden organisierten Kohlenarbeiter ausgefallen und haben sich dem Nationalverband der Bergarbeiter angeschlossen.

Was nun den Gewerkschaftsverband anbelangt, so ist als wichtigstes Resultat derselben der Beschluß zu bezeichnen, die Bewegung für den achtstündigen Arbeitstag wieder aufzunehmen. Aber man erklärte ausdrücklich, dies nur auf dem Wege des Koalitionskampfes zu wagen und auf jede gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages für erwachsene Männer zu verzichten, was soviel heißt als diese wichtige Reform nur auf die gütigst gestellten Kategorien der Arbeiter zu beschränken. Der Präsident des Gewerkschaftsverbandes, Sam. Gompers, hielt es sogar für nothwendig, ausdrücklich die Forderung nach Bildung einer politisch selbstständigen Arbeiterpartei entgegenzutreten. Unter diesen Umständen war ein Voranschlag, die Aktion für die Achtstündigenarbeit auf die Bauhandwerker zu beschränken, nur logisch. Dieser Vorschlag, auch für die eine oder andere sonstige Gewerkschaft, was aber die allgemeine Durchführung anbelangt, zu werden auch die amerikanischen Arbeiter schließlich zu derselben Methode getrieben werden, welche die Klassenbewegung Arbeiterthron auf dem Festlande Europas befolgt.

Ueber die sonstigen Ergebnisse des Kongresses lassen wir das „Phyl. Tagblatt“ sprechen:

„Langsam geht es auch mit dem Verband selbst vorwärts. Von 600,000 oder 700,000 Mitgliedern, die er zählen soll, wird wohl vorerst weiter keine Rede sein. Nach dem Anweise der Steuerzahlung dürfte die Zahl etwa die Hälfte oder noch weniger betragen. Das ist zwar auch noch ein Fortschritt, aber nicht der phänomenale, welcher von den Beamten selbst ausgespart wurde. Dann ist der Verband noch viel zu lose. Die notwendige Zentral-Kassafasse ist noch nicht geschaffen worden, und die Verhandlungen in St. Louis lassen es sehr zweifelhaft erscheinen, ob jene sobald in Stande kommt. Es gibt da einzelne amerikanische Trades Unions, wie die der Schriftsetzer, welche dazu sehr schwer zu bringen sind. Solange aber die Einnahmen der Föderation nur die Verwaltungskosten und ein wenig Agitation decken, ist ihr Werth ein sehr problematischer.“

„Guten Fortschritt“ dagegen stellt der Beschluß dar, welcher verlangt, daß die Regelung oder das Verbot der Kinderarbeit zur Bundesfrage gemacht werden soll. Nur geht der Beschluß nicht weit genug. Wenn schon einmal ein Verfassungsänderung nöthig ist, dann doch lieber gleich ein solches, welches die ganze Gewerbe- und Fabrikgesetzgebung der Union überweist. Es ist auch praktisch unzutraglich, daß Beamte der Union die Befähigung von Kindern überwachen, während die sonstige Regelung des Fabrikwesens, die Haftpflicht u. Sache der einzelnen Staaten bleibe.

„Was die Konvention sonst verrichtete, war die genöthigte Routine-Arbeit. Hochgepante Erwartungen hat sie nicht befriedigt; weder hinsichtlich des Standes der Organisation noch ihres Programms. Doch soll nicht bestritten werden, daß die „Federation“ soweit wenigstens einen hoffnungsvollen Anlauf für die Vereinigung der Arbeiter bildet: sie ist im Aufstieg begriffen, während es mit dem Orden der Arbeiterritter rückwärts gegangen ist. Und was die Hauptsache: sie ist in einer allgemeinen rückläufigen Bewegung ergriffen.“ Das läßt für die Zukunft Gutes hoffen. Wird die Agitation nun energisch aufgenommen, so dürfte auch jene Tendenz bald überwunden werden. Es gilt vor Allem, das Selbstvertrauen der Arbeiter zu stärken, und das kann am besten durch die noch jugendliche und von inneren Konflikten freie Federation geschehen.“

Aufgepaßt! In Braunschweig befinden sich die Former im Anstand. Die Fabrikanten suchen Ausländer (Belgier und Böhmern) heranzuziehen. Wägen die Genossen in den betreffenden Ländern in der Presse vor Jung warnen.

Mit der Bitte um Veröffentlichung im „Sozialdemokrat“ geht uns ein **Wahlauftrag des sozialistischen Wahlkomites** für den Wahlkreis Süd-Sankt Panzras in London zu, in welchem die Wähler dieses Bezirkes aufgefordert werden, bei der am 17. Januar stattfindenden Wahl zum Provinzialrath (County Council) für den Kandidaten der „Woomsbury Socialist Society“:

W. W. Bartlett

Da uns der Mann fehlt, den Aufruf vollständig abzudrucken, nehmen wir hiermit von ihm Notiz, überzeugt, daß sie für alle stimmberechtigten Deutschen, denen dieses Wahlrecht zukommt, genügt, für die Wahl eines Mannes einzutreten, der in der genannten Körperschaft die Interessen der Arbeiter wie überhaupt der großen Masse der Steuerzahler energisch wahrzunehmen wird.

Korrespondenzen.

Planen im Voigtland. Da wir schon seit längerer Zeit den Namen des Parteiorgans nicht in Anspruch genommen haben, so wollen wir den Genossen heute einige neue Genießereien von unserm Volke-Schwarzkopff erzählen. Nachdem das System der Versammlungsverbote seit ungefähr zwei Jahren fallen gelassen worden ist, hat man sich, um den Staat vor den bösen Sozialdemokraten zu retten, einer andern Praxis zugewendet — nämlich der Saalabtreiberlei. Unter, von keiner Großartigkeit durchdrungener Schwarzkopff lief von einem Saalbesitzer nun andern, stellte ihnen in beweglicher Reibe dar, was die Arbeiter für rohes und unansündiges Gesindel seien, und daß die Polizei nichts dagegen thun werde, wenn den Wirthen in den

Versammlungen die Sachen zerfchlagen würden u. s. w. Da jedoch alle Versammlungen hier ruhig und anständig verlaufen sind, so hatte der biedere Staatsretter mit seinen elenden Verlaumdungen keinen Erfolg. Schnell wurde daher ein andres Mittel probirt: was man durch glatte Worte nicht erreichen konnte, suchte man nun durch Gewalt zu erzielen. Während man denjenigen Saalbesitzer, welche der Polizei willig Folge leisteten, alle denkbaren Vergünstigungen zu Theil werden ließ, wurden die andern mit einer Rücksichtslosigkeit behandelt, die jedem Rechtsgefühl ins Gesicht schlägt. Alle nur denkbaren Schmeicheleien, Anzeigen, Strafverfügungen über Strafverfügungen ergingen über sie, und die Krone der Liebenswürdigkeiten bildeten Militärverbote anlässlich der hier stattgehabten Wahlen. Auf diese Weise haben es die Golen nun glücklich sowelt gebracht, daß wir momentan keinen Saal mehr bekommen.

Aber jede Sache hat zwei Seiten. Die vereinigten Saalbesitzer haben sich vor einiger Zeit bei einer Konventionalsatzung von 150 Mark gegenseitig verpflichtet, zu dem Preise, für den sie früher einen halben Liter Bier gaben, jetzt nur noch vier Zehntel Liter in ihren Lokalen zu verkaufen. Darüber große Entrüstung im Publikum; fast alle Vereine, und zwar die patriotischen Militärvereine an der Spitze, haben einen regelrechten Bierstreit gegen die betreffenden Saalbesitzer in Szene gesetzt und sich ebenfalls gegenseitig bei 150 Mark Geldstrafe verpflichtet, so lange keine Preisermäßigung stattgefunden hat. Da nun die Vereine wirklich Kraft machten und einfach keine Vergünstigungen mehr abhielten, so dachten die Wirthe: Ein Gefallen ist des Andern werth, und wendeten sich in ihrer Angst an den Stadtrath mit der Bitte, derselbe solle ihnen gestatten, alle Sonntage öffentlichen Tanz halten zu dürfen. (Gegenwärtig dürfen sie bloß jeden Monat zweimal öffentlichen Tanz und einmal Konzert mit Tanztruppen abhalten), als Gegenleistung wollten sie sich verpflichten, ihre Säle nicht mehr zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben; im Falle der Ablehnung würde indes jeder seinen Saal den Sozialdemokraten zur Verfügung stellen. Wie sich der Stadtrath zu diesem Gesuch stellen wird, wissen wir nicht, aber soviel wissen wir, daß er sich in einer sehr argen Klemme befindet. Nimmt er das Gesuch an, so ist der Bierstreit ausichtslos, und es giebt ungenügend viel böses Blut in den Vereinen, zumal wenn die Sozialdemokraten den Saal, welchen der Stadtrath getrieben, öffentlich bloßstellen. Lehnt er dagegen ab, so hat er erst recht den bösen Sozialdemokraten ihr Spiel erleichtert, und daß diese die Situation ganz gehörig ausnützen werden, daran herrscht an maßgebender Stelle absolut kein Zweifel.

Uns kann es gleich sein, ob wir an die Polizei oder an die Saalbesitzer verhandelt werden, wir werden unsere Taktik ganz den Verhältnissen anpassen. Doch wir dabei auf keinen Fall zu kurz kommen, das dürfen unsere Gegner versichert sein. Unsere Bewegung ist so weit vorgeschritten, daß wir jederzeit sehr wohl im Stande sind, auch ohne Versammlungen agieren zu können. Einestheils sind es die überaus traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, welche uns immer mehr Anhänger in die Arme treiben, andererseits wird der politische Schwund der Gegner immer offensiver, so daß selbst den Blödesten schließlich die Augen aufgehen.

Am 21. Oktober flatterte auf dem Kemler Köhlschloßthurm eine große rote Fahne mit der Aufschrift „zur Erinnerung an das Schandgesetz 21/10 1878. Hoch lebe die Sozialdemokratie!“ Das Banner des Proletariats konnte erst gegen 11 Uhr vom Kastellan heruntergeholt werden, da sämtliche Schlüssel verammelt waren. Die Hochblöde hatte den Bärenstein und andere als geeignet bekannte Punkte die ganze Nacht hindurch besetzt, um die Hebelhüter auf frischer That ertappen zu können, aber vergebens; am andern Morgen flatterte die Fahne lustig auf dem Kemler. Ebenfalls ist es der Allwiesenden bis heute noch nicht gelungen, der Personen habhaft zu werden, die ihr diesen Streich gespielt.

Im Uebrigen steht die Bewegung in unserm Wahlkreis, mit Ausnahme einiger Orte, gut, und es wird alles aufgeboten werden, unsern reaktionären Staatsanwalt bei der nächsten Wahl aus dem Sattel zu bringen.

Reichenbach i. B. Es soll kein langweiliger Bericht gegeben, sondern den Genossen allerwärts als Neujahrs-Gruß mitgeteilt werden, daß wir hier unsere Neujahrsfeier dazu benutzten, uns über den Stand der für die nächste Wahl zu einigen. Es ist dies unser treuer Genosse Robert Müller-Reichenbach. Wägen die Gegner versuchen, was sie wollen, ärger als das letzte Mal mit dem Kriegspostertafel können sie es doch nicht treiben. Wir geben mit feher Zuversicht, mit Kampflust vor, und werden unsere Pflicht thun.

Wir haben in unserm Wahlkreis schon wiederholt gesagt und geben die Hoffnung, ihn demnächst zurückzuerobern, nicht auf. Die Verhältnisse sind derart, daß die große Masse der Wähler, die ihre Lage beklagen, für uns stimmen müssen.

Vorwärts, was auch kommen mag!

Sprechsaal.

Warnung.

Die Schlosser- und Kailing (Gefäßler)macher Progressiv-Union von New-York, warnt hiemit alle Genossen, sowie die ganze Arbeiterschaft Deutschlands vor dem Schlosser **Ernst Schornstein** aus Berlin. Derselbe war unter dem Namen Ernst Stein vom Oktober 1887 bis Anfang März 1888 Mitglied obiger Union und wußte sich in dieser Zeit so in das Vertrauen seiner Mitcollegen einzuschleichen, daß sie ihn zum Beamten wählten und ihm das Bankbuch zur Aufbewahrung anvertrauten.

Durch Stehlen des Vereinsvermögens und mittels der geriebenen Fälschungen gelang es Schornstein, das Vermögen der Union im Betrage von **170 Dollars** (ca. 75 Mk.) von der hiesigen deutschen Spardank zu erheben, mit welcher Summe er am 14. März d. J. nach Havre in Frankreich verfuhrte. Nicht nur obige 170 Doll., sondern auch gesammelte Unterstützungs-gelder für die Hinterbliebenen der Chicagoer Märtyrer im Betrage von 10 Doll. unterschlug er.

Wir richten deshalb an alle Genossen, welche über den jetzigen Aufenthalt und die Verhältnisse des Schornstein Aufschluß geben können, das Erfinden, obige Union davon in Kenntniß zu setzen, damit dieselben Schornstein das Handwerk gründlich gelost wird.

Signalement:
Ernst Schornstein, ungefähr 1 Meter 65 Cm. groß, 38-40 Jahre alt, stark gebaut, trägt einen kleinen blonden Schnurrbart und ist geborner Berliner. Er hat bei Lebnacke, Mittelstraße 73, gelernt und soll angeblich bis zum Jahre 1886 selbst ein Geschäft in der Holzmarktstraße gehabt haben. Da er mit demselben betrügerischen Banerott gemacht, wanderte er, um der verdienstlichen Gefängnisstrafe zu entgehen, nach Amerika aus, wo er kein Diebstahl wie oben erwähnt, verwertheite. Sein Schwiegervater ist der den Arbeitern Berlins wohlbekannte Dreiermeister A. Ring in der Langenstraße.

Wir erüchten alle arbeitervreundlichen Blätter, besonders „Berliner Volksblatt“, „Berliner Volkszeitung“ sowie „Metallarbeiterzeitung“ um Aufnahme dieser Warnung.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Emil Vailer
Iorr. Sekretär der Union.

Achtung.

St. Gallen. Unser Lokal befindet sich nicht mehr in der „Norgen-Sonne“, sondern im **Restaurant Friedl**, Luisenbühlstraße, was wir zu beachten bitten.

Zugleich ersuchen wir um Aufnahme der nachfolgenden

Warnung

gegen **Gustav Roth**, Schreiber aus Sachsen-Reinigen. Derselbe hat mehrere Genossen derart angegriffen, daß die Betroffenen sich gezwungen sahen, ihn verhaften zu lassen. Er verduftete indeß zwar und es ist außer Zweifel, daß Roth zu denjenigen Ge-

trägern gehört, welche sich unter der Maske von „Parteigenossen“ auf das Blündern der Parteigenossen berufen.
Wir halten es für Pflicht, im Parteiorgan zu warnen, damit dieses Subjekt in allen Arbeiterkreisen unschädlich gemacht wird.

Die Mitgliedschaft deutscher Sozialisten.

Cnitting.

Von M. Leipzig 300 Mark für die inhabierten Genossen erhalten.
Leipzig. Die Beauftragten.

Briefkasten

— der Expedition: G. Wgr. Jh.: Fr. 225 Ab. 1. Ou. erh. — Grubd. Antr.: 25 Ct. Nachbgl. pr. 1. Ou. erh. — G. Jh. Mbl.: Fr. 225 Ab. 1. Ou. erh. — G. A. Jrd.: Ml. 3 — Ab. 1. Ou. erh. — Stgr. Luzern: Fr. 225 Ab. 1. Ou. n. Fr. 2 pr. 116. Ml. erh. — Brgl. Jh.: Fr. 2 — Ab. 1. Ou. erh. — Wgr. Brän: Fr. 693 Ab. S. D. u. A. St. erh. — Mtbl. Luz.: Fr. 450 2 Ab. 1. Ou. n. Fr. 175 pr. 116. Ml. erh. — Gymn. Ml.: Fr. 225 Ab. 1. Ou. erh. — Borst. G. a. d. G.: Ml. 3 — Ab. 1. Ou. erh. D. noch nicht erschienen. — v. Wtchja: Fr. 9 — per 1889 erh. — D. Ten. Mbl.: Fr. 225 Ab. 1. Ou. erh. — Brnt. Jh.: Fr. 3 — Ab. 1. Ou. erh. — R. Stde. D'rch.: Fr. 285 Ab. Dez. u. 1. Ou. und Fr. 525 Rest erh. — Fr. Sinn Htg.: Fr. 530 Ab. 1. Sem. erh. — G. Stamm. Htg.: Fr. 225 Ab. 1. Ou. erh. —

Seidemourn: Ml. 52 — pr. Ggr. gutgebr. u. bl. am 2/1. geantw. — Milano: Nachr. v. 4/1. erh. Haben Sie am Kopf Nr. 52 nicht gesehen? Für alle Fälle ging Ihnen diese nochmals zu. Weiteres befragt. — La Billette Paris: Fr. 15 — Ab. 4. Ou. 88 erh. u. Weiteres notirt. — Nothor Jahn J.: Ml. 6480 Ab. 2, 3, u. 4. Ou. 88 erh. Alles unterwegs. (Gruß!) — Das rote Häuflein: Ml. 50 — a Gto Ab. x. erh. Phyl. x. notirt. Mtbl. mit 48 u. 49 fort. — Herantshum: Ml. 15 — Ab. 4. Ou. erh. Phyl. x. notirt. Das Gefragte x. bl. — Fr. III: Ml. 2850 bar u. Ml. 2710 i. Ggr. a Gto. Ab. x. erh. Ggr. geordnet. Weiteres bl. — Rübesehl: Nachr. v. 4/1. am 7. erh. u. beantw. — Honei: Ml. 1957 pr. Ggr. erh. Abr. u. Phyl. notirt. Wrg. befragt. — Herbst: Nachr. v. 3/1. am 5. beantw. Abr. notirt. Die Pause war zu lang. — G. Schwarz: Avis vom 4/1. eingetr. — Hammbal: „Die letzte Nummer“ (von 89) war Nr. 1, die von 88 war Nr. 52 laut Notiz am Kopf derselben. Gelperrt war also nicht. Vel. A. u. W. all reigt. Weiteres bl. — Carbonari: Ml. 1090 pr. Ggr. gutgebr. Abr. x. Anlangendes nicht leselich. Bitten dringend, Derartiges deutlicher. — Utopia: Nachr. v. 4/1. hier. Was an u. s. liegt, geschieht stets, „Wind und Sonne“ aber hängen von — „Himmel“ ab. — Bharao: Sonderbar, nähere Umstände wünschen wir deshalb um so dringlicher kennen zu lernen. Vel. bl. erh. Im Weiteren Alles beachtet. W. folgt. — Balthasar: Abr. Aenderung zu bewirken versucht u. hier vorgemerkt. — Babouin: Wir haben pflichtgemäß der gegnerischen Taktik entsprechend die unferge abwarten lassen. Machen Sie's dort ebenso, die charakteristische „Spize“ wird sich dann gegen die Richtigen hehren. Wann stellen Sie sich denn abrigens „persönl.“ vor? Ihr bejähliges Versprechen ist ja recht alteren Datums als das unsere. — Spickel: Alles nach Vorlage vom 2/1. geordnet. Im Hfl. 43 finden Sie betr. Dntg. S. D. 71-73 erwünscht. Näheres bl. — X 3: Dntg. betr. Betrages befindet sich in Nr. 51. Weiteres erwarten laut Avis v. 3/1. — Der Wibe: Das kann auf dem von Ihnen betretenen Wege erst recht nicht besser werden. Wenn die Alten zurückhalten, müssen die Jungen drängen. W. mehr. — Mör: Sie gehen seit Jahren Ihre „Grtawurth“, aber wir sehen nicht, daß das weiter fruchtet. Also in Reich und Glibed oder Sälug! — Donner: Abr. II. Nachr. v. 2/1. geordn. Broch. unterwegs. — Nothe Schwelbende: Ml. 25 — Ab. 3. Ou. 88 u. 1. dir. erh. Weiteres notirt II. W. v. 27/12. 88 x. — Rubikon: Wf. v. 31/12. 88 erh. kommt Alles u. bl. Näheres. Empfehlung wird befragt. — A. R. A.: diel. 2 — a Gto. Ab. 1. Ou. x. erh. Ginderstaben. Naderhand sind im Gang. — A. R. Wg.: Ml. 6 — 2 Ab. 1. Ou. erh. Dauf und Erwidern. — Alte Garde: Ml. 100 — a Gto. Ab. x. erh. Bitten um positive Auskunft. d. Ggrag. Vel. befragt. Gruß. — G. Pr. A.: 3 Ml. 4. Ou. 88 u. Ml. 6 — 2 Ab. 1. Ou. erh. u. Abr. geordn. — St. M. Paris: (Fr. 50 —) Pfd. Stgl. 1198 Armindepot a Gto. gutgebracht, vorausgesetzt, daß Sie zustimmen. — G. A. B. Ber. London: a 4 Pfd. Stgl. a Gto. Ab. u. Schrt. pr. 5. erh. — Prof. Schori. Wand: Wf. Stg. 2 15 — Ab. pr. 89 M. D. u. Schrt. erh. und hiervon 1 Wf. Stgl. v. R. u. 2 Stg. 5 Pr. v. D. dem Wids. Ml. zugew. — Drüffel: Fr. 4300 a Gto. Ab. u. Schrt. u. Fr. 13 — f. d. Gemahregelien bei einer 1.5. Hochzeit in Brüssel gesammelt. Mbl. erh. W. Fr. wird befragt. Phyl. folgt. — Der rote Hübelin: Ml. 50 a Gto. Ab. x. erh. (Genio) Drahtbericht. Phyl. notirt. — Abasverus: Ml. 6 — Ab. 1. u. 2. Ou. G. A. G. erh. u. Vel. f. 7. befragt. — G. B. Vos.: Fr. 250 Ab. 1. Ou. erh. — P. Martignetti, Venevento: Fr. 1440 Ab. pr. 89 u. Schrt. erh. am 1/1. 89. — 2. R. Wbg.: Wf. Stgl. 1. 6. 4. (Ml. 27 —) f. Schrt. erh. Phyl. folgt. Bitten künftigher Alles vor dortige Legegesellschaft zu bestellen und ebenso zu bezahlen. Warum machen Sie die Weider nicht zahlbar bei der Kentish Town Post-Office, wie wiederholt im S. D. ausdrücklich gebeten wurde?! Jetzt müssen wir das Zeug durch die Post lassen lassen oder extra in die City reisen, um die paar Mark bei der Hauptpost abzuholen. Man erhält hier keine Posteingahlung ins Haus geschickt! — Kopenhagen Hdm.: Fr. 7450 (Ml. Stgl. 2198) Ab. 3. u. 4. Ou. 88 x. pr. Kentish Town Post-Office prompt erh. — A. R. G. i. Sch.: Ml. 3 — a Gto. Ab. erh. und bl. am 9/1. Weiteres. — A. Anfrn. Chicago: Wf. Stgl. 2 — — a Gto. Ab. x. erh. — W. Wbgla. Michigan: (1 Doll.) 4 Sch. Ab. 1. u. 2. Ou. erh. Tant u. Erwidern. — Nothor Geldbad: Ml. 2940 f. für bel. 6 d. u. 1 indir. Ab. 1. Ou. erh. bl. mehr. — Weltkind: Je mehr Zwischenhände, je mehr Unklarheit. — Raimund: diel. 834 H. Anfrstg. v. 4/1. pr. blv. Ab. gutgebr. Abr. geordn. diel. 120 W. sind unversändlich. Von wann betren dieselben? Phyl. folgt. Leben Sie doch am Kopf des S. die Preise nach. Pr. 3. bl. mehr. Profit! — Der Alte B.: Ml. 440 Ab. 1. Ou. erh. Bitten, die Notiz am Kopf der Nr. 51 88 zu beherzigen. Weiteres mit Nr. 1 89. — J. Gdt. Amherb.: Wf. Stgl. 4135 a Gto. Wbgla. pr. Schrt. erh. — D. A. Ggd.: Ml. 450 Ab. 1. Ou. erh. Mit Ou. 2 Restregulirung pr. 89 unerlässlich. Siehe Notiz am Kopf der Nr. 51 88. — G. Sch. London: 3 Sch. ab pr. 1. Ou. u. a Gto. 2. Ou. erh. Wir kennen, wie schon einmal berichtet, keinen Wf. u. liefern deshalb an Sie. — Florestan: Ml. 10 — pr. Hl. Ml. erh. u. Fröheues H. Dntg. in Nr. 48. Der Schwereuöther Tsch. hat sich noch nicht gebessert, daher die Sperre. Gruß! — Tzabal: Ml. 1760 Ab. pr. 89 pr. G. erh. — Nothor Kämpfer: Sie lesen wohl gründlich unsere Notizen am Kopf des S. D. nicht? Nr. 52 88 sagt deutlich, daß Nr. 1 erst in der ersten Januarwoche“ erscheint. Abr. geordnet. Phyl. nach Wunsch. — Leonidas: Nachr. v. 7/1. erh. Hans u. m. mer schlie, und Haar ging der Wf. deshalb zurück. Also aufgepaßt! Am 8/1. bl. mehr.

Durch die Schriftenfiliale der „Arbeiterstimme“, Jähringerstraße 12, Zürich, sowie durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ ist zu beziehen:

Wohlgetroffene Photographie
von dem
verstorbenen Genossen und früheren Reichstagsabgeordneten
Max Kayser.
Bistitenkartensformat. Preis 30 Cts.

Printed for the proprietors by the German Cooperative Publishing Co.
114 Kentish Town Road London N. W.